

*Bräuer, Marco; Seifert, Markus; Wolling, Jens:*

**Politische Kommunikation 2.0 - Grundlagen und  
empirische Ergebnisse zur Nutzung neuer  
Partizipationsformen im Internet**

**URN:** urn:nbn:de:gbv:ilm1-2015300138

---

*Retrodigitalisierung der gleichnamigen Druckausgabe,  
erschienen in:*

Zerfaß, Ansgar; Welker, Martin; Schmidt, Jan (Hrsg.): Kommunikation,  
Partizipation und Wirkungen im Social Web ; Bd. 2: Strategien und  
Anwendungen : Perspektiven für Wirtschaft, Politik und Publizistik. -  
Köln : Halem, 2008, S. 188-209.

ISBN (print): 978-3-938258-68-2

*Digitalisierung durch:* Universitätsbibliothek Ilmenau / ilmedia

*Digitalisierungsjahr:* 2015

MARCO BRÄUER / MARKUS SEIFERT / JENS WOLLING

## Politische Kommunikation 2.0 – Grundlagen und empirische Ergebnisse zur Nutzung neuer Partizipationsformen im Internet

### Abstract

Bereits in der Vergangenheit hat das Internet mit seinem Interaktivitätspotenzial und der dezentralen Kommunikationsarchitektur zu Spekulation über die politischen Folgen dieser neuen Möglichkeiten angeregt. Insbesondere Visionen der Stärkung direktdemokratischer Elemente wurden damit verbunden. Eine bedeutsame Wirkung konnte jedoch empirisch bisher nicht bestätigt werden. Aktuelle Neuerungen in der Entwicklung des Internets – häufig unter dem Begriff Web 2.0 bzw. Social Web zusammengefasst – geben nun jedoch Anlass zu der Frage, ob diese technischen Innovationen zum Katalysator für die individuelle politische Kommunikation werden könnten. Um dies empirisch zu prüfen, werden aktuelle Daten aus einem Forschungsprojekt zur politischen Online-Kommunikation ausgewertet.

### 1. Einleitung

Das Aufkommen neuer Medien regt nahezu reflexartig die politischen Fantasien vieler gesellschaftlicher Akteure an. Die Ursache hierfür ist in der Tatsache begründet, dass die menschliche Gesellschaft – ihre Struktur, die internen Machtverhältnisse, die Leitbilder usw. – ganz wesentlich auf Kommunikation beruht. Moderne Medien sind für diese gesellschaftliche Kommunikation von zentraler Bedeutung. Veränderungen im verfügbaren Medienspektrum führen deswegen nahezu unweigerlich

zu der Erwartung, dass sich unter den neuen Medienbedingungen auch die Gesellschaft und die Politik wandeln werden. Welche Veränderungen genau erwartet werden und vor allem wie diese bewertet werden, variiert jedoch zwischen den gesellschaftlichen Akteuren erheblich: Bereits in der Vergangenheit hat der Einfluss, welchen die Verfügbarkeit neuer Informations- und Kommunikationstechnologien auf demokratische Gemeinwesen haben könnte, sowohl Befürchtungen als auch Hoffnungen hervorgerufen. Erhebliche Unterschiede hinsichtlich der dominierenden Erwartungen und Bewertungen finden sich dabei zwischen den jeweiligen neu hinzugekommenen Medien. Welches politische Potenzial ihnen zugeschrieben wird, hat viel mit den Eigenschaften, die bei ihnen wahrgenommen werden, zu tun. Kleinsteuber (2001: 38) verweist in diesem Zusammenhang auf die Debatte über die ›technologies of freedom‹, in der den Technologien ein ›Eigensinn‹ zugesprochen wird, also einem gewissen technologischen Determinismus das Wort geredet wird. Die unterschiedlichen Prognosen bezüglich der Folgen des Medienwandels und die verschiedenen normativen Bewertungen dieser möglichen Folgen hängen aber vor allem mit den Vorstellungen von einer wünschens- und erstrebenswerten Gesellschafts- und Medienordnung zusammen. Drei grundlegende Perspektiven auf die Rolle der Medien in der Gesellschaft lassen sich dabei unterscheiden (vgl. VOWE 1999):

Zum einen existieren Kontrollfantasien: In dieser Perspektive sind Medien mächtige Beeinflussungsinstrumente. Wer die Verfügungsgewalt über sie hat, kann die Gesellschaft lenken. Um Missbrauch zu verhindern, bedarf es deswegen einer konsequenten medienpolitischen Steuerung und Kontrolle. *Sicherheit* steht hier an erster Stelle, nicht kontrollierte/kontrollierbare Medien stellen eine Bedrohung für die Gesellschaft dar. Zum anderen gibt es Freiheitsfantasien: In dieser Perspektive eröffnen Medien Freiräume für einen offenen gesellschaftlichen Diskurs. Aufgabe der Medienpolitik ist es, alle Eingriffe in die Medienfreiheit abzuwehren und die Möglichkeiten für eine uneingeschränkte Nutzung der Medien sicherzustellen. *Freiheit* ist in diesem Modell der oberste Wert. Und drittens findet man Gleichheitsfantasien: In dieser Perspektive können Medien zu einer gleichberechtigten Teilhabe der Bürger beitragen. Aufgabe von Medienpolitik ist es demnach, den ungleichen Zugang zu den Kommunikationskanälen abzubauen und allen Interessierten die Chance zu geben, an den Prozessen der Willensbildung und Entscheidungsfindung teilzuhaben. Die *Gleichheit* der Bürger steht im Mittelpunkt des Modells.

Von einer breiten Partizipation der Bevölkerung wird ein positiver Effekt auf die demokratische Entwicklung der Gesellschaft erwartet.

Die Erwartung, dass bestimmte Medien eher zu dem einen als zu den anderen Modellen passen, lässt sich aus den typischen Eigenschaften der jeweiligen Medien ableiten. Insbesondere die Frage, wer in welcher Form als Kommunikator auftreten kann, ist dabei relevant. Medienangebote, deren Produktion mit hohen Zugangsbarrieren verbunden ist, bieten ideale Voraussetzungen für eine effektive und umfassende Kontrolle, denn nur wenige können bei diesen als Kommunikatoren auftreten. Dies trifft insbesondere auf die klassischen audiovisuellen Massenmedien zu. Sie begünstigen somit eine *sicherheitsorientierte* Kommunikationsordnung. Das Internet mit seinen dezentralen Kommunikationsstrukturen stellt für das sicherheitsorientierte Modell ein Problem dar. Für das *Freiheitsmodell* hingegen sind gerade solche Medien, die den Nutzern die Möglichkeit zum kommunikativen Austausch geben, ideal. Die Diskussion um die möglichen politischen Wirkungen des Internets konzentriert sich deswegen auch auf diesen Aspekt. Das Interaktivitätspotenzial wird dabei als Chance für die Stärkung deliberativer und direktdemokratischer Prozesse gesehen (vgl. HAGEN 1999: 64f.). Für das *Gleichheitsmodell* ist es entscheidend, dass alle Bürger in gleicher Weise Zugang zu den Kommunikationsmitteln haben. Sowohl die traditionellen Massenmedien als auch die internetbasierten Kommunikationswege sind aus dieser Perspektive problematisch. Bei den Massenmedien liegt dies auf der Hand, aber auch beim Internet gibt es Zugangsbarrieren. Die Zahl derjenigen, die hier als Kommunikatoren auftreten können, ist zwar deutlich größer, aber auch hier führen ungleich verteilte Zugangsmöglichkeiten und Kompetenzen zu erheblichen Disparitäten.

In der wissenschaftlichen Diskussion über das demokratische Potenzial des Internets findet man Argumente, die sich diesen drei Grundorientierungen zuordnen lassen. Dass dabei das *Freiheitsmodell* besondere Beachtung erfahren hat, ist zweifellos auf das Interaktivitätspotenzial zurückzuführen. Geradezu euphorische Szenarien wurden in dieser Hinsicht beschrieben (vgl. DAHLBERG 2001: 158; GROSSMAN 1998: 85; KAMPS 2000: 230). Dabei dient der Begriff ›Elektronische Demokratie‹ als Sammelbegriff für die These, dass die internetbasierten Informations- und Kommunikationstechnologien zu erhöhter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen führen können (ZITTEL 2003: 263). Hinter dem Konzept der Elektronischen Demokratie steckt häufig

die Idee einer deliberativen Demokratietheorie, die auf Jürgen Habermas zurückgeht (vgl. COENEN 2005: 4). Im Zentrum dieses Denkansatzes steht die These, dass Deliberation – eine rationale öffentliche Diskussion von Themen – entscheidend für eine Demokratie ist: Nicht nur, dass die Rationalität politischer Entscheidungen durch diesen Diskurs erhöht würde, die stärkere Deliberation würde demnach auch dazu führen, dass wichtige Probleme moderner repräsentativer Demokratien überwunden werden können, z.B. die Entfremdung der Bürger von ihren Repräsentanten und vom politischen System (COENEN 2005: 4f.). Da die Internettechnologien Formen direkter Mitbestimmung erleichtern, könnten sie zudem etablierte politische Strukturen und Prozesse ergänzen (vgl. KAMPS 1999: 15; NORRIS 1999: 97). In ähnlicher Weise wird auch in der Konzeption der ›Cyberdemokratie‹ argumentiert, die den Aspekt virtueller Gemeinschaften hervorhebt (vgl. GLÄSER 2005: 51ff.; MECKEL 1999: 241).

Von einem an der *Sicherheitsmaxime* orientierten Ausgangspunkt nähern sich die Vertreter einer ›Electronic Democratization‹ den Potenzialen des Internets. Sie vertrauen stärker auf die bestehenden repräsentativen Verfahren, wollen aber die neuen Kommunikationswege des Internets (allen voran die Dienste www und E-Mail) dafür nutzen, die Kommunikation zwischen Bürgern und Regierung zu verbessern und so wachsender Politikverdrossenheit entgegenzuwirken (vgl. HOECKER 2002: 41). In dieser Konzeption wird die internetbasierte politische Kommunikation insofern befürwortet, als sie sich in kontrollierbare Bahnen lenken lässt. Bei einer am *Gleichheitsideal* orientierten Argumentation wird das deliberative Ideal nicht grundsätzlich in Frage gestellt, wohl aber seine empirische Einlösung. Gewarnt wird vor einer Fragmentierung der Öffentlichkeit (vgl. BECK 2006: 204; PAPACHARISSI 2002: 17): Rückt man nämlich die Tatsache ins Blickfeld, dass das Internet nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleiche Verbreitung findet, wird deutlich, dass auch die Gefahr einer segmentierten elektronischen Demokratie droht (BUCY/GREGSON 2001: 375; FULLER 2004: 946ff.; GRABER/BIMBER/BENNETT et al. 2004: 100; NORRIS 2000: 121f.). Damit kann an die Debatte um eine ›Digitale Spaltung‹ der Gesellschaft angeschlossen werden, welche bereits mit der beginnenden massenhaften Verbreitung von Internetzugängen Mitte der 1990er-Jahre begann (vgl. BONFADELLI 2004: 257f.). Diese Diskussion hat verdeutlicht, dass die Zugangsbarrieren zum Internet sozial ungleich verteilt sind (vgl. DONGES/JARREN 1999: 87). Daraus folgt, dass nicht unbedingt mit generellen Wirkungen des neuen

Mediums Internet zu rechnen ist, sondern dass das Netz in einigen sozialen Gruppen stärkere politische Wirkungen entfalten könnte als in anderen (EMMER 2005: 40f.). Somit würden nicht die Partizipationschancen der Gesamtbevölkerung verbessert, sondern es würde nur die ›Informationselite‹ (Internet Have) in ihrer politischen Teilhabe stärker und damit würde das politische Ungleichgewicht zwischen sozio-strukturellen Gruppen weiter wachsen, die Kluft in der politischen Beteiligung verstärkt (vgl. EMMER/VOWE 2004: 194; GELLNER/KORFF 1998: 17; HOLTZBACHA 1994: 224f.; VLASIC 2004: 184ff.).

## 2. Politische Kommunikation im Internet: Forschungsstand und Entwicklungsperspektiven

Soweit zu den demokratietheoretischen Grundlagen und den damit verbundenen Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen. Welche Auswirkungen hat das Internet nun aber tatsächlich? Was sagen die empirischen Daten? Der aktuelle Forschungsstand zeigt, dass der Zugang zum Internet die individuellen politischen Kommunikationsweisen kaum verändert hat. Allenfalls die Rezeption politischer Informationsangebote erfährt infolge der Netznutzung einen leichten Auftrieb. Hingegen haben die neuen Online-Angebote bislang nicht zu einer vermehrten politischen Partizipation der Bürger beigetragen (VOWE/EMMER/SEIFERT 2007: 121ff.). Aktuelle Neuerungen und Tendenzen in der Entwicklung des Internets geben jedoch Anlass, noch einmal die Frage zu stellen, ob sich vielleicht nun – unter den neuen Bedingungen des Web 2.0 – möglicherweise doch Veränderungen in der politischen Kommunikation ergeben. Welche Entwicklungen sind dies, die hierfür ursächlich sein könnten?

An erster Stelle sind die technischen und ökonomischen Rahmenbedingungen zu nennen, insbesondere die rasante Diffusion von Breitbandzugängen sowie die Etablierung von Flatrates. Die Internetnutzung war nie so schnell und günstig wie heute. Diese veränderte Situation schuf in den letzten Jahren verbesserte Voraussetzungen für die Nutzung neuer produktiver Kommunikationsmöglichkeiten, wie z.B. das Erstellen sowie Up- und Downloaden von Audio- und Videofiles z.B. auf *YouTube* bzw. *Flickr* (FISCH/GESCHEIDLE 2006: 433). Zu diesen neuen Angebotsformen, die häufig unter dem Begriff ›Web 2.0‹ subsumiert werden, zählen insbesondere Weblogs und Wikis sowie Podcasts und Videocasts.

*Weblogs* sind im Kontrast zu klassischen persönlichen Homepages regelmäßig aktualisierte Webseiten, die Inhalte in umgekehrt chronologischer Reihenfolge präsentieren und durch Verweise und Kommentare untereinander sowie mit anderen Online-Quellen verbunden werden können (SCHMIDT 2006b: 21). Sie stellen eine Kombination aus persönlicher Homepage und einem Internet-Diskussionsforum dar. Das daraus entstehende Netzwerk aus Verweisen und Bezügen wird als »Blogosphäre« bezeichnet (SCHMIDT/SCHÖNBERGER/STEGBAUER 2005: 1). Mittlerweile gibt es eine Reihe von Anbietern, die Weblogsysteme zur Verfügung stellen, mit denen auch unerfahrene Internet-Nutzer innerhalb weniger Minuten in der Lage sind, ihr eigenes Weblog zu erstellen (vgl. SCHMIDT 2006b: 14). Die Potenziale von Weblogs in der politischen Kommunikation werden in der Literatur vielfältig angesprochen (siehe z. B. COENEN 2005). Weblogs gelten als authentisch, weil sie die Persönlichkeit ihrer Autoren widerspiegeln, weiterhin sind sie durch die Kommentarfunktion dialogorientiert und stellen eine dezentralisierte Form des Austauschs dar. Öffentliche und interpersonale Kommunikation treffen in ihnen aufeinander (SCHMIDT 2006a: 40). Politische Repräsentanten nutzen daher Weblogs als Mittel, um mit ihren Wählern in Kontakt zu treten (vgl. COENEN 2005). Auch politisch engagierten Personen bieten Weblogs die Möglichkeit, Texte und multimediale politische Inhalte zu veröffentlichen und so eine politische »Teilöffentlichkeit« aufzubauen (vgl. SCHMIDT 2006a: 41). Die klassischen Massenmedien und die »Blogger« stehen in einem gegenseitigen Beobachtungsverhältnis. Deswegen ist es durchaus möglich, dass sich bestimmte Themen in der Blogosphäre verbreiten und ihren Weg in die klassischen Medien finden.

*Wikis* sind eine zweite Kommunikations- und Publikationsform, die in der Debatte um Web 2.0 Erwähnung finden. Sie erleichtern das gemeinsame Editieren von Textdokumenten im Internet. Die einzelnen Veränderungen am Text können in der Regel durch ein System der Versionsaufzeichnung nachverfolgt und gegebenenfalls auch wieder rückgängig gemacht werden. Für die politische Kommunikation können Wikis dann eingesetzt werden, wenn mehrere Personen gemeinsam einen Text bearbeiten. Gerade für politisch aktive Gruppen stellen Wikis ein geeignetes Instrument zur Zusammenarbeit zur Verfügung (SCHMIDT 2006a: 42).

Durch *Podcasting* und *Videocasting* werden die Bereitstellung und der Empfang von Audio- und Videodateien erheblich erleichtert. Pod- und Videocasts sind Audio- bzw. Videodateien unterschiedlicher inhaltlicher

und technischer Qualität, die von den jeweiligen Produzenten ins Internet gestellt werden. Sie werden auch im Rahmen politischer Kommunikation eingesetzt. Das Spektrum der Verwendung ist extrem breit. Fast schon den Charakter einer regierungsoffiziellen Verlautbarung hat der Videocast, welchen die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel seit Juni 2006 regelmäßig produzieren lässt.<sup>1</sup> Auf der anderen Seite findet man aber auch verfassungsfeindliche Inhalte und Propaganda, die beispielsweise rechtsextremistische Gruppen auf Portalen wie *YouTube* per Video- und Podcast verbreiten (IMHOFF 2007).

Weblogs, Wikis, Pod- und Videocasts gehören zu den zentralen Bestandteilen des Web 2.0. Sie eröffnen den Nutzern die Möglichkeit, selbst die Inhalte zu erstellen (O'REILLY 2005). Der Begriff Web 2.0 wird allerdings auch kritisiert und lediglich als ›Schlagwort‹ qualifiziert: Nach Aussage von Tim Berners-Lee – einem der Entwickler des www – bedeutete bereits die erste Version des World Wide Web, dass Menschen (und nicht Computer) verbunden werden sollten. Er widerspricht damit der weit verbreiteten Meinung, dass erst Web 2.0 dazu führe, dass nun endlich Menschen mit Menschen kollaborieren und neue Formen der Zusammenarbeit gefördert würden – das sei auch von Beginn an der zentrale Gegenstand des www gewesen (LANINGHAM 2006).

Empirische Befunde belegen, dass die neuen Kommunikationsformen des Web 2.0 an Akzeptanz gewinnen (vgl. ZERFASS/BOELTER 2005: 16). Damit könnte auch die politische Bedeutung des Netzes einen Schub erlangen (vgl. BIMBER 2003: 1; GRABER/SMITH 2005: 487; JOHNSON/KAYE 2003: 9ff.). Auch wenn die bisherigen Ergebnisse zur individuellen politischen Online-Kommunikation gegen substanzielle Mobilisierungseffekte sprechen, ist es nicht auszuschließen, dass die qualitativen Neuerungen, welche die Web-2.0-Anwendungen darstellen, jetzt doch zum Katalysator werden könnten. Mehrere Argumente sprechen dafür: Zum einen begünstigen sie einen kontinuierlichen gleichberechtigten Austausch zwischen den Kommunikationspartnern (MÖLLER 2005: 39), vor allem aber lassen sie sich sehr viel leichter erstellen, als dies beispielsweise bislang bei einer herkömmlichen persönlichen Homepage mittels eines HTML-Editors möglich war. Durch diesen vereinfachten Zugang könnte die Zahl der Internetnutzer steigen, die die Möglichkeiten des Web 2.0

1 Das Video- und Podcast-Angebot der deutschen Bundeskanzlerin: <http://www.bundeskanzlerin.de/Webs/BK/DE/Aktuelles/-VideoPodcast/video-podcast.html>



auch im Bereich der politischen Kommunikation nutzen. Weblogs, Wikis und Pod- bzw. Videocasts bilden zweifellos ein innovatives *Potenzial* für die individuelle politische Kommunikation der Bürger, deren tatsächliche Wirksamkeit sich jedoch noch nicht abschätzen lässt.

*Ziel des Beitrags* ist es deswegen zu prüfen, welche Bedeutung das Web 2.0 für die individuelle politische Online-Kommunikation tatsächlich hat. Bis zum jetzigen Zeitpunkt liegen noch keine zuverlässigen empirischen Befunde vor, auf deren Basis abgeschätzt werden könnte, ob und in welcher Weise diese Medienangebote und technischen Plattformen für politische Belange durch die Bürger genutzt werden. Geprüft werden soll also erstens, *ob sich Web-2.0-Nutzer hinsichtlich ihrer politischen Kommunikation von anderen Internetnutzern unterscheiden*. Die Auseinandersetzung mit der demokratietheoretischen Einordnung von Medieninnovationen hat verdeutlicht, dass die Bewertung verschiedener Medientechnologien und -angebote mit bestimmten normativen Demokratiekonzepten und medienpolitischen Vorstellungen zusammenhängt. Von daher stellt sich zweitens die Frage, *ob sich die Web-2.0-Nutzer von den übrigen Netznutzern und diese wiederum von den Nichtnutzern hinsichtlich der Bedeutung, die sie den grundlegenden Werthaltungen Freiheit, Gleichheit und Sicherheit zuweisen, unterscheiden*. Dies ist vor allem deswegen von Interesse, weil davon ausgegangen werden kann, dass solche Grundhaltungen auch Auswirkungen auf die Inhalte der Debatten haben. Schließlich soll auch untersucht werden, *in welchem Umfang politische Web-2.0-Anwendungen bereits für die individuelle politische Kommunikation in produktiver Weise genutzt werden*.

### 3. Datengrundlage

Grundlage für die nachfolgend dargestellten Auswertungen sind die Daten eines Forschungsprojekts zur ›Politischen Online-Kommunikation‹,<sup>2</sup> welches seit 2001 an der Technischen Universität Ilmenau und seit 2007 in Kooperation mit der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf durchgeführt wird. Ziel des Projektes, welches von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert wird, ist sowohl die langfristige Beobachtung individueller politischer Kommunikation als auch die Untersu-

2 Für weitere Informationen zum Projekt siehe: <http://www.politische-online-kommunikation.de>

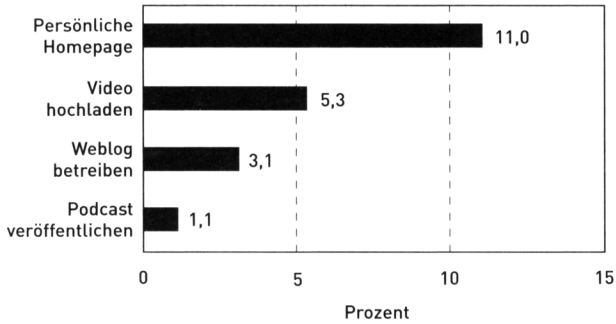
chung der Wirkungen des Internets auf die politische Kommunikation sowie die Erklärung internetinduzierter Veränderungen. Kern der Untersuchung sind bundesweite telefonische Befragungen in Privathaushalten mittels eines Paneldesigns. Die Umfragen werden mit CATI (Computer-Assisted Telephone Interviewing) durchgeführt (siehe LAVRAKAS 1993: 17). Die im Weiteren vorzustellenden Ergebnisse basieren auf der Umfragewelle Juni/Juli 2007. Als Grundgesamtheit der Untersuchung wird die deutschsprachige Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland ab 16 Jahren definiert (vgl. EMMER 2005: 98). Für die Stichprobe der Befragungen wird ein zweistufiges Verfahren gewählt: Im ersten Schritt wird eine Telefonstichprobe gezogen, die von der ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen) geliefert wird. Es handelt sich hierbei um eine Stichprobe nach dem RLD-Verfahren (Randomized Last Digit). Im zweiten Schritt wird dann im Haushalt nach der Next-Birthday-Methode die zu befragende Person ausgewählt. Im Datensatz ist eine Vielzahl von Variablen enthalten, welche der umfassenden Beschreibung individueller politischer Kommunikation dienen. Der Fragebogen der herangezogenen aktuellen Umfragewelle legte dabei einen Schwerpunkt auf die Ermittlung von Angaben zur (politischen) Web-2.0-Nutzung.

#### 4. Ergebnisse

Die Stichprobe umfasste insgesamt 1.303 Personen. Zunächst geht es darum, das Maß der Internetnutzung zu ermitteln. In dem Sample nutzen insgesamt 768 Personen (59%) das Internet mehr als einmal pro Woche. Sporadische Internetnutzer werden somit als Nichtnutzer betrachtet (Offliner) und auf die Erhebung detaillierter Angaben zu ihrer nur seltenen Internetnutzung verzichtet. In den letzten fünf Jahren hat sich die Art des Internetanschlusses in der Bundesrepublik Deutschland grundlegend gewandelt. Waren vor einigen Jahren noch analoge und ISDN-Telefonanschlüsse die gängige Anschlussform, so verfügen nach den Ergebnissen der ARD/ZDF-Online-Studie 2007 rund 60 Prozent der Internetnutzer über einen Breitbandanschluss. Die überwiegende Mehrheit der Onliner nutzt einen Pauschaltarif (Flatrate). Die Verbindungspreise sind in den letzten Jahren aufgrund eines hohen Wettbewerbs um Kunden stark gesunken (GSCHIEDLE/FISCH 2007: 394). Damit ist es den meisten Internetnutzern möglich, ohne Rücksicht auf Übertragungska-

ABBILDUNG 1

### Prozentanteil der Internetnutzer, die das Internet zum Erstellen und Veröffentlichen eigener Inhalte schon einmal genutzt haben



pazitäten und Kosten online zu sein. Insofern verfügen die deutschen Internetnutzer über die entsprechende Infrastruktur und die geeigneten Abrechnungsmodelle für die produktive Nutzung von Web-2.0-Angeboten und -Anwendungen. Wenn im Folgenden von ›produktiver‹ Nutzung die Rede ist, dann ist damit die Erstellung eigener Angebote in Form von Weblog-Einträgen, eigenen Videos oder Audiodateien gemeint.

In welchem Maß werden Web-2.0-Anwendungen im Allgemeinen genutzt? Abbildung 1 gibt einen Überblick über die Nutzung verschiedener Internetanwendungen, die eine produktive Nutzung ermöglichen. Die Frage bezieht sich darauf, ob die Befragten eine solche Aktivität überhaupt schon einmal durchgeführt haben. Das Erstellen einer persönlichen Homepage ist mit 11,0 Prozent die am häufigsten getätigte produktive Internetnutzung. Es sind also nicht die neuen Web-2.0-Angebote, die an erster Stelle stehen, sondern eine vergleichsweise ›klassische‹ produktive Art der Internetnutzung, die bis in die Ursprünge des www zurückgeht. Allerdings hat sich auch hier in den letzten Jahren einiges geändert. Den Internetnutzern stehen dazu mittlerweile eine ganze Reihe von Softwarepaketen zur Verfügung, die auch das Erstellen von Internetseiten im WYSIWYG-Modus (›what you see is what you get‹) erlauben. HTML-Kenntnisse sind nicht mehr zwingend notwendig.

Im Vergleich zu der klassischen persönlichen Homepage ist das Betreiben eines eigenen Weblogs noch einfacher: Portale bieten standardisierte

Pakete an, mit denen sich die Internetnutzer innerhalb weniger Minuten registrieren und ihr Weblog konfigurieren und einrichten können. Dennoch ist das Bloggen als genuine Web-2.0-Anwendung mit lediglich 3,1 Prozent deutlich weniger verbreitet als das Betreiben einer klassischen persönlichen Homepage. Ein Video haben 5,3 Prozent der Internetnutzer bereits einmal ins Netz gestellt. Schlusslicht bildet mit 1,1 Prozent das Veröffentlichen eines eigenen Podcasts. Wenn man diese Zahlen betrachtet, kann als erstes Zwischenfazit gezogen werden, dass die Erweiterung des Internet-Repertoires durch Web-2.0-Angebote (noch) nicht zu einer breiten Diffusion produktiver Internetnutzung (Stichwort: ›user generated content‹) geführt hat, obwohl die infrastrukturellen Voraussetzungen (Breitband und Flatrate) aufseiten der Internetnutzer bereits vorhanden sind.

In einem nächsten Schritt wird die Gruppe der Web-2.0-Nutzer im Vergleich zu den ›traditionellen‹ Onlinern beschrieben. Dafür haben wir aus jenen, die keine Web-2.0-Anwendungen nutzen, die Gruppe der ›Internetnutzer ohne Web 2.0‹ gebildet (n=634). Die Gruppe der Web-2.0-Nutzer setzt sich aus 134 Personen zusammen. In dieser Gruppe ist, anders als bei den anderen Internetnutzern, eine deutliche Mehrheit männlichen Geschlechts (76,3%). Web-2.0-Nutzer sind auch wesentlich jünger: Die Altersgruppe der 16- bis 25-Jährigen ist besonders groß unter den Web-2.0-Nutzern, woraus folgt, dass sich diese Gruppe auch aus einem überdurchschnittlichen Anteil an Schülern bzw. Studierenden rekrutiert. Zudem ist hier der Anteil derjenigen mit Abitur bzw. Universitätsabschluss deutlich größer als in der Gruppe der ›traditionellen‹ Onliner. Diese Zusammensetzung ist typisch für die Gruppe der ›Innovatoren‹ (vgl. ROGERS 1995). Hinsichtlich des politischen Interesses gibt es zwar signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen, die allerdings kein eindeutiges Bild vermitteln. Unter den Web-2.0-Nutzern sind sowohl überdurchschnittlich viele politisch Interessierte als auch Uninteressierte (Abb. 2).

Nachdem die Gruppe der Web-2.0-Nutzer beschrieben wurde, werden nun Web-2.0-Nutzer und konventionelle Internetnutzer hinsichtlich ihrer individuellen politischen Kommunikation verglichen. Dazu nutzen wir die Unterscheidung individueller politischer Kommunikation in Informationskommunikation, interpersonale politische Kommunikation und Partizipationskommunikation (für eine ausführliche Beschreibung siehe EMMER 2005: 80f.). Es werden jeweils die Anteile der

ABBILDUNG 2

### Soziodemografie im Vergleich: Web-2.0-Nutzer und Internetnutzer

		Web-2.0- Nutzer (n=134)	Internetnutzer ohne Web-2.0- Nutzer (n=634)	Chi <sup>2</sup> nach Pearson
Geschlecht	weiblich	23,9 %	47,6 %	***
	männlich	76,1 %	52,4 %	
Altersgruppen	16-25	50,0 %	13,0 %	***
	26-45	32,8 %	41,9 %	
	46-65	14,9 %	39,4 %	
	66 +	2,2 %	5,8 %	
Bildungs- abschluss	noch Schüler	22,3 %	3,2 %	***
	Hauptschulab- schluss	19,0 %	34,9 %	
	Realschulab- schluss	17,4 %	28,1 %	
	Abitur/Universität	41,3 %	33,9 %	
Politisches Interesse	wenig	23,9 %	17,5 %	*
	mittel	25,4 %	38,3 %	
	stark	50,7 %	44,2 %	

\*\*\* p < .001, \*\* p < .01, \* p < .05

›Aktiven‹ für einige typische Offline- bzw. Online-Aktivitäten miteinander verglichen.

In der *politischen Informationskommunikation* zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen den Web-2.0-Nutzern und den ›traditionellen‹ Onlinern. Tendenziell lässt sich eine stärkere Affinität der Traditionellen zur herkömmlichen (Offline-)Kommunikation beobachten. Web-2.0-Nutzer hingegen besuchten die Internetpräsenz eines Politikers signifikant häufiger (Abb. 3).

Hinsichtlich der *interpersonalen politischen Kommunikation* treten die Web-2.0-Nutzer in ihren Online-Aktivitäten als besonders aktive Gruppe hervor. Während sie in der ›Offline-Welt‹ in einem ganz ähnlichen Maß mit Politikern in Kontakt stehen und politische Gespräche mit Freunden und Kollegen am Arbeitsplatz führen, sind die Web-2.0-Nutzer im Internet diejenigen, die deutlich aktiver kommunizieren (Abb. 4).

ABBILDUNG 3

### Politische Informationskommunikation im Vergleich: Web-2.0-Nutzer und Internetnutzer

	Web-2.0- Nutzer (n=134)	Internetnutzer ohne Web-2.0- Nutzer (n=634)	Chi <sup>2</sup> nach Pearson
<b>Offline</b>			
Regelmäßiges Sehen von Fernsehnachrichten <sup>f1</sup>	88,0 %	95,9 %	**
Regelmäßige Nutzung einer Tageszeitung <sup>f2</sup>	50,0 %	61,0 %	***
Nutzung von Print-Magazinen <sup>f3</sup>	51,5 %	48,9 %	n.s.
<b>Online</b>			
Lesen politischer Informationen im WWW <sup>f4</sup>	73,7 %	64,9 %	n.s.
Besuch der Website eines Politikers <sup>f5</sup>	44,0 %	24,2 %	***

\*\*\* p < .001, \*\* p < .01, \* p < .05

- f1 Fragestellung: Wie oft sehen Sie sich im Fernsehen Nachrichtensendungen an?  
›Regelmäßig‹ meint hier: Nutzung mindestens mehrmals im Monat.
- f2 Fragestellung: An wie vielen Tagen in der Woche lesen Sie im Allgemeinen eine Tageszeitung? ›Regelmäßig‹ meint hier: Nutzung an mindestens sechs Tagen in der Woche.
- f3 Fragestellung: Wie oft sehen Sie sich im Fernsehen politische Magazine an, also Sendungen, in denen über politische Ereignisse und deren Hintergründe berichtet wird?
- f4 Fragestellung: Haben Sie im letzten Jahr im Internet Nachrichten oder politische Informationen gelesen?
- f5 Fragestellung: Haben Sie sich schon einmal eine Internetseite eines Politikers oder einer Politikerin angesehen?

Dieses Bild setzt sich fort, wenn wir Aktivitäten aus dem Bereich der *Partizipationskommunikation* heranziehen: Die Unterschiede zwischen beiden Vergleichsgruppen treten nur im Online-Bereich zu Tage. Die Gruppe der Web-2.0-Nutzer nutzt Online-Partizipationsangebote deutlich stärker als die Gruppe der konventionellen Internetnutzer. Der Anteil der aktiven Leserbrief-Schreiber liegt bei den Web-2.0-Nutzern mit knapp 40 Prozent auf einem wesentlich höheren Niveau als unter den traditionellen Onlinern (11,4%). An einer Unterschriftensammlung im Netz nahm immerhin jeder fünfte Web-2.0-Nutzer im vergangenen Jahr mindestens einmal teil, in der Vergleichsgruppe sind es nur etwa 12 Prozent (Abb. 5).

ABBILDUNG 4

## Interpersonale Politische Kommunikation im Vergleich: Web-2.0-Nutzer und Internetnutzer

	Web-2.0- Nutzer (n=134)	Internetnutzer ohne Web-2.0- Nutzer (n=634)	Chi <sup>2</sup> nach Pearson
<b>Offline</b>			
Kontakt mit einem Politiker <sup>f1</sup>	20,1 %	18,9 %	n.s.
Politische Gespräche am Arbeitsplatz oder mit Freunden <sup>f2</sup>	97,0 %	94,3 %	n.s.
<b>Online</b>			
Kontakt mit einem Politiker <sup>f3</sup>	17,2 %	7,7 %	**
Politische Gespräche mit Freunden oder anderen Menschen <sup>f4</sup>	56,7 %	21,8 %	***

\*\*\* p < .001, \*\* p < .01, \* p < .05

- f1 Fragestellung: Haben Sie innerhalb des letzten Jahres persönlich, telefonisch oder per Post Kontakt gehabt mit einer verantwortlichen Person aus der Politik?
- f2 Fragestellung: Wie oft unterhalten Sie sich am Arbeitsplatz oder mit Freunden über Themen, die Sie politisch für wichtig halten? Hier: Nutzung dieser Aktivität mind. »selten«.
- f3 Fragestellung: Haben Sie innerhalb des letzten Jahres im Internet persönlichen Kontakt gehabt mit einer verantwortlichen Person aus der Politik, also per E-Mail, in einem Chat oder einer Newsgroup?
- f4 Fragestellung: Wie oft unterhalten Sie sich im Internet mit Freunden oder anderen Menschen ganz allgemein über Themen, die Sie politisch für wichtig halten, etwa in einem Chat, einer Newsgroup oder einem Forum? Hier: Nutzung dieser Aktivität mind. »selten«.

Im Folgenden wird untersucht, ob sich Web-2.0-Nutzer hinsichtlich ihrer Wertorientierungen von den anderen Befragten unterscheiden. Hier ist es durchaus sinnvoll, auch die Nichtnutzer des Internets (Offliner) mit in den Vergleich einzubeziehen. Die Daten zeigen, dass bei allen drei Werten – Freiheit, Gleichheit und Sicherheit – signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen festzustellen sind (Abb. 6): Am wichtigsten sind die gesellschaftlichen Werte der Gleichheit und Freiheit für die Gruppe der Web-2.0-Nutzer. Besonders auffällig ist der Kontrast zwischen der Freiheitsorientierung zwischen Web-2.0-Nutzern und Offlinern. Für die Offliner hat Freiheit eine deutlich geringere Bedeutung. Sie stellen Sicherheit an vorderste Stelle, gefolgt von der Gleichheit. Für die Web-

ABBILDUNG 5

## Partizipationskommunikation im Vergleich: Web-2.0-Nutzer und Internetnutzer

	Web-2.0- Nutzer (n=134)	Internetnutzer ohne Web-2.0- Nutzer (n=634)	Chi <sup>2</sup> nach Pearson
<b>Offline</b>			
Leserbrief an eine Redaktion/ einen Fernsehsender oder Anruf beim Radio <sup>f1</sup>	6,0 %	6,0 %	n.s.
Teilnahme an Unterschriftensammlung <sup>f2</sup>	46,3 %	46,0 %	n.s.
<b>Online</b>			
Leserbrief an eine Redaktion/ einen Fernsehsender/eine Online-Redaktion <sup>f3</sup>	39,6 %	11,4 %	***
Teilnahme an Unterschriften- oder Mailingaktion <sup>f4</sup>	18,7 %	11,2 %	*

\*\*\* p < .001, \*\* p < .01, \* p < .05

- f1 Fragestellung: Haben Sie innerhalb des vergangenen Jahres einmal einen Brief an eine Zeitung oder an das Fernsehen geschrieben, oder haben Sie einmal in einer Radiosendung angerufen, wenn es um ein politisches Thema ging, das Ihnen wichtig war?
- f2 Fragestellung: Haben Sie innerhalb des letzten Jahres an einer Unterschriftenaktion teilgenommen, also auf einer Unterschriftenliste unterschrieben?
- f3 Fragestellung: Haben Sie sich innerhalb des vergangenen Jahres über das Internet an eine Zeitung, an das Fernsehen oder an eine Online-Redaktion gewandt, z.B. mit einer E-Mail oder einem Eintrag in ein Internetforum?
- f4 Fragestellung: Haben Sie innerhalb des letzten Jahres im Internet an einer organisierten Unterschriften- oder einer Mailingaktion zu einem politischen Thema teilgenommen?

2.0-Nutzer wiederum ist die Sicherheitsorientierung die am geringsten ausgeprägte Wertorientierung.

Im letzten Schritt geht es darum zu zeigen, inwiefern Web-2.0-Angebote im Vergleich mit anderen Möglichkeiten (online wie offline) der Erstellung eigener Inhalte für die individuelle politische Kommunikation genutzt werden (Abb. 7). Als Beispiele wurden Leserbriefe und Unterschriftensammlungen ausgewählt. Erfragt wurde, ob eine dieser Aktivitäten mindestens einmal im vergangenen Jahr ausgeübt wurde. Beide Formen zählen zur partizipativen individuellen politischen Kommunikation und können als verbreitete individuelle Aktivitäten neben dem reinen Wahlakt betrachtet werden. Es zeigt sich, dass sowohl Online-



ABBILDUNG 6

### Freiheits-, Gleichheits- und Sicherheitsorientierung im Vergleich: Web-2.0-Nutzer, Internetnutzer und Offliner<sup>+</sup>

	Web-2.0-Nutzer (n=134)	Internetnutzer ohne Web-2.0- Nutzer (n=634)	Offliner (n=535)	ANOVA F-Test
Freiheitsorientierung	0,97	0,83	0,54	***
Gleichheitsorientierung	0,98	0,86	0,86	**
Sicherheitsorientierung	0,79	0,97	0,99	**

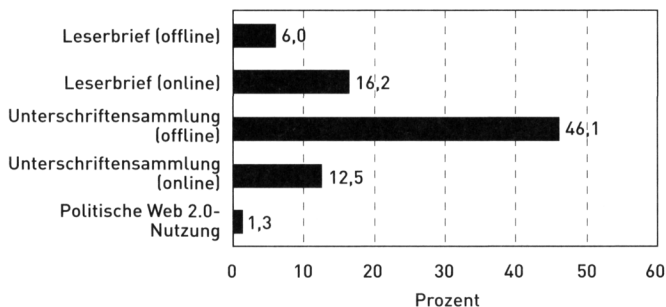
\*\*\* p < .001, \*\* p < .01, \* p < .05

- + Erhoben wurde die Wertorientierung der Befragten über Paarvergleiche der drei Werte ›Freiheit‹, ›Gleichheit‹ und ›Sicherheit‹. Der Vergleich ›Freiheit vs. Gleichheit‹ wurde beispielsweise mit folgender Frageformulierung erhoben: ›Es gibt verschiedene Ziele in der Politik, die alle sehr wichtig sind. Wenn Sie aber eine Wahl treffen müssten, welches Ziel sollte Ihrer Ansicht nach wichtiger sein: die persönliche Freiheit, dass also jeder in Freiheit leben und sich ungehindert entfalten kann – oder eine möglichst große Gleichheit, dass also niemand benachteiligt ist und die sozialen Unterschiede nicht so groß sind?‹ Bei den angegebenen Werten handelt es sich um Mittelwerte für die Stärke der Wertorientierung zwischen ›null‹ (ein Wert wurde einem anderen in keinem der zwei Paarvergleiche vorgezogen) und ›zwei‹ (ein Wert wurde in zwei Paarvergleichen vorgezogen).

Leserbriefe als auch Unterschriftensammlungen eine deutlich höhere Nutzung haben als die produktive politische Web-2.0-Nutzung, die mit

ABBILDUNG 7

### Web-2.0-Nutzung im Vergleich mit anderen Aktivitäten (Basis: Internetnutzer)



1,3 Prozent eine marginale Form individueller politischer partizipativer Kommunikation darstellt.

## 5. Zusammenfassung

Durch sein Interaktivitätspotenzial und die dezentrale Kommunikationsstruktur bietet das Netz einen neuen Raum für den diskursiven Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren. Diese offenen Strukturen können allerdings auch als Bedrohung für die Bedeutung und den Bestand etablierter massenmedialer Kommunikationskanäle im politischen Feld wahrgenommen werden. Zudem wird die Gefahr diskutiert, dass – bedingt durch die ungleiche Nutzung der Kommunikationsangebote im Netz – bestehende partizipative Disparitäten zwischen den Bürgern noch verschärft werden. Bislang gibt es jedoch weder empirische Hinweise darauf, dass es durch die neuen Möglichkeiten zu erheblichen Mobilisierungen gekommen ist, noch findet man Belege dafür, dass die Nutzung etablierter Medien bei den Onlinern wesentlich geringer ausfällt (WOLLING 2001: 137). Im Hinblick auf die Gleichheitsdimension lässt sich zwar festhalten, dass es gerade auch im Online-Bereich erhebliche Unterschiede in der politischen Beteiligung gibt. Die Frage aber, ob die bestehenden Unterschiede durch das Netz vielleicht sogar noch verschärft werden, ist bislang noch nicht beantwortet.

Die aktuellen Entwicklungen, die unter dem Schlagwort ›Web 2.0‹ subsumiert werden, eröffnen dem Bürger nochmals erweiterte Möglichkeiten individueller politischer Kommunikation (z.B. Betreiben eines Weblogs mit politischen Inhalten). Zweifellos steigen dadurch die *Chancen*, dass Prozesse der Deliberalisierung befördert werden. Die Ergebnisse der vorgestellten Studie deuten allerdings darauf hin, dass sich auch in der Phase des Web 2.0 das Engagement der Bürger bei der aktiven Erstellung eigener politischer Angebote nicht grundsätzlich verändert hat. Die Verwendung von Web-2.0-Tools für eine produktive politische Online-Kommunikation ist bislang nur von marginaler Bedeutung. Web 2.0 fungiert in diesem Sinn (zumindest noch) nicht als Katalysator individueller politischer Kommunikation. Dies wird besonders deutlich, wenn man die quantitative Bedeutung der politischen Web-2.0-Nutzung mit anderen Formen politischer Online- und Offline-Kommunikation vergleicht.

Andererseits findet man im Vergleich der Web-2.0-Nutzer mit traditionellen Internetnutzern deutliche und signifikante Unterschiede in der politischen Kommunikation, die dafür sprechen, dass sich hier in der Gruppe der Onliner, die ja ohnehin schon überdurchschnittlich aktiv sind, nochmals eine Ausdifferenzierung abzeichnet: Web-2.0-Nutzer besuchen häufiger die Homepages von Politikern, haben mehr Kontakt mit Politikern und reden in stärkerem Maß über Politik mit Bekannten und Kollegen. Des Weiteren wenden sie sich deutlich häufiger über das Internet mit einem Leserbrief an Redaktionen und nehmen auch mehr an Unterschriftenaktionen oder Mailingaktionen teil.

Im Hinblick auf die eingangs diskutierten Beurteilungsunterschiede, die mit verschiedenen gesellschafts- und medienpolitischen Idealvorstellungen zusammenhängen, ist es bemerkenswert, dass sich die verschiedenen Nutzergruppen hinsichtlich ihrer Wertvorstellungen in systematischer Weise unterscheiden: Es sind die Freiheits- und Gleichheitsideale, die nicht nur aus theoretischer Perspektive gut mit den offenen Strukturen des Internets harmonieren, sondern die offenbar auch von den Nutzern des Web 2.0 favorisiert werden. Von daher ließe sich vermuten, dass die politischen Debatten, die in der Web-2.0-Sphäre geführt werden, im besonderen Maße durch Freiheits- und Gleichheitsideale geprägt sind.

Im Moment spricht wenig dafür, dass das Web 2.0 in kurzer Zeit zu grundlegend neuen Mustern und Strukturen der politischen Beteiligung führen wird. Ob es jedoch dabei bleibt, dass die neuen Möglichkeiten vorwiegend von den Innovatoren ausprobiert werden, oder ob sie nach und nach auch in andere Bevölkerungsgruppen diffundieren, lässt sich noch nicht abschätzen. Die Ergebnisse der sechsten und vorerst letzten Befragungswelle dieser Studie, die im Jahr 2008 durchgeführt wird, werden in dieser Hinsicht für mehr Klarheit sorgen.

## Literatur

- BECK, K.: *Computervermittelte Kommunikation im Internet*. München/Wien [Oldenbourg] 2006
- BIMBER, B.: *Information and American Democracy. Technology in the Evolution of Political Power*. Cambridge/New York/Melbourne u.a. [Cambridge University Press] 2003

- BONFADELLI, H.: *Medienwirkungsforschung I. Grundlagen und theoretische Perspektiven*. Konstanz [UVK] 2004
- BUCY, E. P.; K. S. GREGSON: Media Participation. In: *New Media & Society*, 3, 2001, S. 357-380
- COENEN, C.: Weblogs als Mittel der Kommunikation zwischen Politik und Bürgern – Neue Chancen für E-Demokratie? In: *kommunikation@gesellschaft*, 2005. Online: [http://www.soz.uni-frankfurt.de/K.G/B5\\_2005Coenen.pdf](http://www.soz.uni-frankfurt.de/K.G/B5_2005Coenen.pdf) [22.10.2007]
- DAHLBERG, L.: Democracy Via Cyberspace. In: *New Media and Society*, 2, 2001, S. 157-177
- DONGES, P.; O. JARREN: Politische Öffentlichkeit durch Netzkommunikation? In: KAMPS, K. (Hrsg.): *Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation*. Opladen [Westdeutscher Verlag] 1999, S. 85-108
- EMMER, M.: *Politische Mobilisierung durch das Internet? Eine kommunikationswissenschaftliche Untersuchung zur Wirkung eines neuen Mediums*. München [Reinhard Fischer] 2005
- EMMER, M.; G. VOWE: Mobilisierung durch das Internet? Ergebnisse einer empirischen Längsschnittuntersuchung zum Einfluss des Internets auf die politische Kommunikation der Bürger. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 2, 2004, S. 191-212
- FISCH, M.; C. GESCHEIDLE: Online 2006: Zwischen Breitband und Web 2.0 – Ausstattung und Nutzungsinnovation. In: *Media Perspektiven*, 8, 2006, S. 431-440
- FULLER, J. E.: Equality in Cyberdemocracy? Gauging Gender Gaps in Online Civic Participation. In: *Social Science Quarterly*, 4, 2004, S. 938-957
- GELLNER, W.; F. VON KORFF: *Demokratie und Internet*. Baden-Baden [Nomos] 1998
- GLÄSER, J.: Neue Begriffe, alte Schwächen: Virtuelle Gemeinschaft. In: JÄCKEL, M.; M. MAI (Hrsg.): *Online-Vergesellschaftung? Mediensoziologische Perspektiven auf neue Kommunikationstechnologien*. Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften] 2005, S. 51-72
- GRABER, D. A.; B. BIMBER; W. L. BENNETT; R. DAVIS et al.: The Internet and Politics: Emerging Perspectives. In: NISSENBAUM, H.; M. E. PRICE (Hrsg.): *Academy & the Internet*. New York/Bern/Frankfurt/M. u.a. [Peter Lang] 2004, S. 91-119
- GRABER, D. A.; J. M. SMITH: Political Communication Faces the 21st Century. In: *Journal of Communication*, 3, 2005, S. 479-507

- GROSSMAN, L. K.: Der Traum des Nebukadnezar. Demokratie in der Ära des Internet. In: LEGGEWIE, C. (Hrsg.): *Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie?* Köln [Bollmann] 1998, S. 85-96
- GSCHIEDLE, C.; M. FISCH: Onliner 2007: Das ›Mitmach-Netz‹ im Breitbandzeitalter. In: *Media Perspektiven*, 8, 2007, S. 393-405
- HAGEN, M.: Amerikanische Konzepte elektronischer Demokratie. In: KAMPS, K. (Hrsg.): *Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation*. Opladen [Westdeutscher Verlag] 1999, S. 63-81
- HOECKER, B.: Mehr Demokratie via Internet? Die Potenziale der digitalen Technik auf dem empirischen Prüfstand. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, 39-40, 2002, S. 37-45
- HOLTZ-BACHA, C.: Massenmedien und Politikvermittlung – Ist die Videomalaise-Hypothese ein adäquates Konzept? In: JÄCKEL, M.; P. WINTERHOFF-SPURK (Hrsg.): *Politik und Medien: Analysen zur Entwicklung der politischen Kommunikation*. Berlin [Vistas] 1994, S. 181-191
- IMHOFF, B. VON (2007): *Rechtsradikalismus: Nazis auf YouTube*. Online: <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Rechtsradikalismus-Youtube;art122,2367632> vom [22.10.2007]
- JOHNSON, T. J.; B. K. KAYE: A Boost or Bust for Democracy? How the Web Influenced Political Attitudes and Behaviors in the 1996 and 2000 Presidential Elections. In: *Harvard International Journal of Press-Politics*, 3, 2003, S. 9-34
- KAMPS, K.: Perspektiven elektronischer Demokratie. In: KAMPS, K. (Hrsg.): *Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation*. Opladen [Westdeutscher Verlag] 1999, S. 7-18
- KAMPS, K.: Die ›Agora‹ des Internet. Zur Debatte politischer Öffentlichkeit und Partizipation im Netz. In: JARREN, O.; K. IMHOF; R. BLUM (Hrsg.): *Zerfall der Öffentlichkeit?* Opladen [Westdeutscher Verlag] 2000, S. 225-239
- KLEINSTEUBER, H. J.: Medien und Technik in den USA. In: KLEINSTEUBER, H. J. (Hrsg.): *Aktuelle Medientrends in den USA*. Wiesbaden [Westdeutscher Verlag] 2001, S. 30-57
- LANINGHAM, S. (2006): *developerWorks Interviews: Tim Berners-Lee. Originator of the Web and Director of the World Wide Web Consortium Talks About Where We've Come, and About the Challenges and Opportunities Ahead*. Online: <http://www.ibm.com/developerworks/podcast/dwi/cm-into82206txt.html> [22.08.2007]

- LAVRAKAS, P. J.: *Telephone Survey Methods. Sampling, Selection, and Supervision.* Newbury Park/London/New Delhi [Sage] 1993
- MECKEL, M.: Cyberpolitics und Cyberpolicy. In: KAMPS, K. (Hrsg.): *Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation.* Opladen [Westdeutscher Verlag] 1999, S. 229-244
- MÖLLER, E.: *Die heimliche Medienrevolution. Wie Weblogs, Wikis und freie Software die Welt verändern.* Hannover [Heise Zeitschriften Verlag] 2005
- NORRIS, P.: Who Surfs? New Technology, Old Voters and Virtual Democracy in the 1996 and 1998 US Elections. In: KAMARCK, E. C. (Hrsg.): *democracy.com?* Hollis [Hollis] 1999, S. 71-94
- NORRIS, P.: *A Virtuous Circle: Political Communications in Postindustrial Societies.* Cambridge [Cambridge University Press] 2000
- O'REILLY (2005): *What is Web 2.0. Design patterns and business models for the next generation of software.* Online: <http://www.oreillynet.com/pub/a/oreilly/tim/news/2005/09/30/what-is-web-2.0.html> vom [22.10.07]
- PAPACHARISSI, Z.: The virtual sphere: the internet as a public sphere. In: *New Media & Society*, 1, 2002, S. 9-27
- ROGERS, M.: *Diffusion of Innovations.* New York [Free Press] 1995
- SCHMIDT, J.: Social Software: Onlinegestütztes Informations-, Identitäts- und Beziehungsmanagement. In: *Forschungsjournal NSB*, 2, 2006a, S. 37-67
- SCHMIDT, J.: *Weblogs. Eine kommunikationssoziologische Studie.* Konstanz [UVK Verlagsgesellschaft] 2006b
- SCHMIDT, J.; K. SCHÖNBERGER; C. STEGBAUER: Erkundungen von Weblog-Nutzungen. Anmerkungen zum Stand der Forschung. In: *kommunikation@gesellschaft*, 2005. Online: [http://www.soz.uni-frankfurt.de/K.G/B4\\_2005\\_Schmidt\\_Schoenberger\\_Stegbauer.pdf](http://www.soz.uni-frankfurt.de/K.G/B4_2005_Schmidt_Schoenberger_Stegbauer.pdf) vom 22.10.07
- VLASIC, A.: *Die Integrationsfunktion der Massenmedien. Begriffsgeschichte, Modelle, Operationalisierung.* Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften] 2004
- VOWE, G.: Medienpolitik zwischen Freiheit, Gleichheit und Sicherheit. In: *Publizistik*, 4, 1999, S. 395-415
- VOWE, G.; M. EMMER; M. SEIFERT: Abkehr oder Mobilisierung? Zum Einfluss des Internets auf die individuelle politische Kommunikation. Empirische Befunde zu alten Fragen im Kontext neuer Medien. In: KRAUSE, B.; B. FRETWURST; J. VOGELGESANG (Hrsg.): *Fortschritte der politischen Kommunikationsforschung. Festschrift für Lutz Erbring.* Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften] 2007, S. 109-130

- WOLLING, J.: Auswirkungen des Internets auf Integration und Pluralität. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde. In: MAIER-RABLER, U.; M. LATZER (Hrsg.): *Kommunikationskulturen zwischen Kontinuität und Wandel. Universelle Netzwerke für die Zivilgesellschaft*. Konstanz [UVK] 2001, S. 127-143
- ZERFASS, A.; D. BOELTER: *Die neuen Meinungsmacher. Weblogs als Herausforderung für Kampagnen, Marketing, PR und Medien*. Graz [Nausner & Nausner] 2005
- ZITTEL, T.: Vernetzte politische Kommunikation: Elektronische Demokratie als amerikanischer Sonderweg? In: ESSER, F.; B. PFETSCH (Hrsg.): *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven*. Opladen [Westdeutscher Verlag] 2003, S. 259-280